



Vierteljähriger Abonnementsspreis im Breslauer 2 Thlr., außerhalb und  
Porto 2 Thlr. 11 1/4 Sgr. Zusatzabgabe für den Raum einer  
fünfzigjährigen Zelle in Petitschrift 1 1/2 Sgr.

Nr. 555. Mittag-Ausgabe.

Siebenundvierziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 27. November 1866.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

## Deutschland. O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 25. November.

[Die Dotations-Commission.] Unserem heutigen Sitzungsbericht stellen wir zur besseren Orientierung das Referat über die erste Sitzung der Dotations-Commission voran, die heute Vormittag 10 Uhr (vor der Plenarsitzung des Hauses) in Gegenwart der Minister des Innern und der Finanzen stattgefunden hat. Der Commission, deren Vorsitzender Abg. v. Baerst und deren Berichterstatter der Abg. Stavenhagen ist, lag zunächst ein Amendment des Abg. v. Kardorff und Genossen (darunter Prinz zu Hohenlohe, Graf Bethy-Huc, Achenbach, Holzapfel u. a.) vor, in dem Gesetzentwurf hinter das Wort „Heerführer“ zu setzen: „und Staatsdienner“. Abg. Graf Straßwitz würde es unterstützen, wenn nicht der Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten, in den Gesetzentwurf nicht mit aufgenommen zu werden, durch einen circulrenden Brief desselben bekannt geworden wäre. Referent Abg. Stavenhagen erklärt sich für das Amendment, in erster Reihe jedoch für Aufnahme der Namen derer in das Gesetz, denen die Nationalbelohnung, wenn es eine sein sollte, zugedacht ist. Finanzminister v. d. Heydt bezeichnete die Nennung der Namen und die Discussion über dieselben als peinlich und zu vermeiden. Den Könige, der das Gesetz führt habe und daher die Wahl der zu beehnenden Heerführer am besten treffen könne, sei die Disposition zu überlassen. Für die Führer selbst würde die Discussion über die Personen peinlich sein. Dem Amendment v. Kardorff stimmt der Herr Minister im Namen der Staatsregierung bei und fügt, als der Abg. v. Hoyer bedarf, die Nennung der Namen und Angabe der Zahlen beantragte, hinzu, daß die Staatsregierung einem vom Hause mit Namen und Zahlen versehenen Gesetzentwurf ihre Zustimmung verlagen müsse.

Einem von anderer Seite gestellten Antrage, daß die Berwendung der vom Hause bewilligten Summe durch Königliche Verordnung erfolgen solle, glaubte er seine Zustimmung ertheilen zu können. Präsident v. Forckenbeck, der als Vorsitzender des Hauses nach der Geschäftsaufteilung an den Verhandlungen aller Commissionen Theil nimmt, schlug als Ausstanzmittel vor, ob es nicht angezeigt sei, nach Art. 32 der Geschäftsaufteilung eine geheime Sitzung der Commission zur Entgegnahme von Ausklärungen seitens der Staatsregierung beim Hause zu beantragen. Der Herr Finanzminister accep- tierte das in diesem Vorschlag ausgedrückte Entgegenkommen und fand denselben erwünscht. Seine Anfrage, ob Mittheilungen, welche die Regierung unter solchen Bedingungen in der Commission mache, auch den Verhandlungen des Plenums entzogen seien, wurde von dem Präsidenten mit der Ver- sicherung bejaht, daß, was die Regierung in geheimer Sitzung der Commission unter der Bedingung der Secréterie mittheile, Privateigenthum der Com- mission sei. Abg. Jung befürwortete das Amendment v. Kardorff, über welches principal abzustimmen sei, da es die Grundlage des Gesetzentwurfs ist in erwünschter, der Gerechtigkeit und der Volksmeinung entsprechender Weise ändere und von der Regierung acceppt sei. Schließlich verständigte man sich darin, den Vorschlag des Präsidenten dem Plenum des Hauses heute zur Beschlusshaltung vorzulegen. (Vergl. den folgenden Sitzungsbericht.)

### 31. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 1 1/2 Uhr. Die Tribünen sind fast leer. Am Ministerialische die Minister v. d. Heydt, v. Selchow und mehrere Regierungs-Commissionen.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort der

Abg. Stabenhagen: In Folge einstimmigen Beschlusses der von Ihnen zur Beratung des Dotationsgesetzes eingezogenen Commission bin ich in Übereinstimmung mit der Regierung den Antrag zu stellen beauftragt, auf Grund des § 18 der Geschäftsaufteilung, die Öffentlichkeit der Com- missionsverhandlungen für Nicht-Commission-Mitglieder auszusprechen. Zur Motivirung des Antrages bemerke ich nur, daß es sich in dieser Frage um Per- sonen handelt.

Während der Präsident sich anschickt, zu constatiren, daß ein Widerspruch gegen diesen Antrag nicht erhoben wird, bittet um das Wort der Abg. Frenzel: Ich glaube, dieses Dotationsgesetz hat gerade in den ländlichen und anderen Arbeiterkreisen große Sensation erregt. (Unruhe rechts.) Die Arbeiter, namentlich in den ländlichen Kreisen, meinen, sie hätten durch Ihre Brüder und Söhne ebenso viel wie die Generale zu den glücklichen Erfolgen des letzten Feldzuges beigetragen. (Große Unruhe rechts.) Sie meinen eben, jeder habe seine Pflicht gethan, ihre Söhne wie die Generale. (Fortdauernde Unruhe rechts.) Dagegen fällt es in der ländlichen Bevölkerung auf, daß, während für die Generale Dotationen in Aussicht stehen, die Steuerzahler in den ländlichen Kreisen wegen der durch ihre Mobilmachung rückständig gebliebenen Steuern exequirt werden. Ich glaube, daß das sehr verschiedene Maßnahmen sind und daß es sich nicht rechtfertigt, ein solches Gesetz irgendwie geheim zu behandeln. Ich werde dagegen stimmen und glaube auch nicht, daß das Haus heute darüber abstimmen kann, sondern erst, wenn der Gegenstand auf der Tagesordnung steht.

Abg. v. Denzin macht darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit dadurch, daß sich kein Widerspruch gegen den Antrag erhoben, von Seiten des Präsi- denten als erledigt erklärt sei.

Präsident v. Forckenbeck: Da in dem Augenblick, als ich constatiiren wollte, daß sich kein Widerspruch erhoben habe, allerdings ein Widerspruch erhoben ist, so muß ich ihn durch Abstimmung erledigen.

Vorher erfuhr Abg. v. Kardorff, ihm als Antragsteller zu gestatten, den Sitzungen der Commission beizuhören zu dürfen. (Unruhe.)

Präsident: Wenn das Haus die Nichtöffentlichkeit der Commissions-Verhandlungen für die übrigen Mitglieder ausspricht, so ist damit sein Amende- ment von selbst erledigt.

Das Haus tritt mit großer Majorität dem Antrage der Commission bei und geht zum ersten Gegenstande seiner Tagesordnung über, dem Bericht der Finanzcommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abände- rung des § 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1861, über die anderweitige Regelung der Grundsteuer und die Uebernahme der Grundsteuer = Veran- laugungskosten auf die Staatskasse.

Referent Abg. Ahmann berichtet zunächst einen Irrthum in dem Bericht der Commission. Es ist deshalb (S. 7) angegeben, daß die Gebäudesteuer ursprünglich auf den Betrag von noch nicht 1 Million angenommen worden sei, während sie jetzt nach dem Staats-Entwurf für 1867 3 Millionen betrage. Dieser Betrag von noch nicht 1 Million sollte vielmehr die Differenz zwischen der veranlagten Grundsteuer und der bisher gezahlten Häusersteuer sein, während die Summen, welche die Regierung in Aussicht nehme, für die damals projektierte Gebäudesteuer in der That 2,848,260 Thlr. betrug. Die Kosten für die Unterübertragung der Grundsteuer sind für die westlichen Provinzen, in denen sie bereits definitiv erledigt ist, auf 83,066 Thlr. veran- schlagt, während die den östlichen Provinzen zur Last fallenden auf 2,208,940 Thaler angegeben sind. In den ersten ist sie auf Grund der Verordnung vom 12. Dezember 1864 bereits erledigt; für die letzteren ist ein Gesetz vorgelegt aber noch nicht berathen. Die in den östlichen Provinzen bis zum 1. Juli d. J. bereits entstandenen Kosten beliegen sich auf 1,400,000 Thlr., der Rest beruht auf einer durchaus zuverlässigen Veranschlagung, so daß der Betrag von 2 Millionen nicht übertritten wird.

Abg. Reichenberger: Allerdings haben sich durch den vorhandenen Grundsteuer-Kataster in den westlichen Provinzen bei der Regulirung der Grundsteuer nicht so große Unterschiede herausgestellt, als man vermutet hatte; indessen sind es doch immerhin 11,000 Thlr., um die es sich handelt, und ich glaube, daß es der Gerechtigkeit entspricht, diese Summe den westlichen Provinzen zu Gute kommen zu lassen. Das geeignete Organ dafür glaube ich in der rheinischen Grundsteuergesetzgebung zu finden. Der auf Grund der königl. Verordnung vom 12. Dezember 1864 bestehende Kataster- fond muß sie in Empfang nehmen. In diesem Sinne erlaube ich mir, das Befall-Amendment zu stellen: zwischen § 2 und 3 einzufügen: „Zur Ausgleichung der Kostenunterschiede, welche sich bei jenem Verfahren in den verschiedenen Landesteilen ergeben hat, wird dem allgemeinen Katasterfond der beiden westlichen Provinzen der Betrag von 11,000 Thlr. aus der Staatskasse überwiesen.“

Abg. Michaelis (Stettin): Gerade in der gegenwärtigen Lage ist es wichtig, Zeugnis für die Einheit des Staates abzugeben; man möge diesen alten provinziellen Streit nicht wieder aufrütteln, zumal es sich um einen so geringfügigen Gegenstand handelt. Giebt man hier ein solches Beispiel kleinlicher Rechnerei, so mag man sich dann auch nicht über die Apothekerrechnungen wundern, mit welchen die neuworbenen Landesteile kommen werden.

Daher mag man lieber den Grundsatz: „Minima non curat praetor“ gelten lassen. Uebrigens sind die Leute, welche früher in den westlichen Provinzen die Regulirungskosten gezahlt haben, größtentheils längst verstorben. Den gegenwärtigen Grundbesitzern der westlichen Provinzen aber diese Differenz zuzuwenden, liegt gar kein Grund vor, weil nicht sie, sondern alle Steuerzahler die Kosten der Regulirung im Osten und Westen tragen. Ich bitte Sie deshalb, den alten bösen Grundsteuerstreit begraben sein zu lassen und gegen das Amendment zu stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Michelis: Wenn ich ein Mann grundsätzlicher Opposition gegen die Regierung wäre, so würde ich gegen das Amendment Reichensperger stimmen; aber gerade weil man das richtige conservative Prinzip in jeder Beziehung stützen muss, so wünsche ich gerade in dieser Kleinigkeit, die ja der Sache nach nebenächlich ist, das Prinzip der Gerechtigkeit im preußischen Staate vollständig und unverkennbar aufrecht erhalten zu sehen.

Abg. Elben erklärt, daß er wegen der Geringfügigkeit der Sache dagegen stimmen werde, ohne sich den Vorwurf der Ungerechtigkeit zuziehen zu wollen. Nach Schluss der Discussion nimmt noch das Wort der

Ref. Abg. Ahmann, um zu erklären, er enthalte sich weiterer Bemerkungen, da der Antrag doch keine Aussicht habe angenommen zu werden. (Heiterkeit.)

Der Antrag Reichensperger wird darauf gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Discussion genehmigt und schließlich wird das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Petitionscommission über zwei Petitionen. Die erste derselben betrifft eine Beschwerde wegen verweigerter Ansiedelung-Erlaubniß. Der Zimmergeselle Rabbach bat in Bleßow (Bauch-Belzig'schen Kreises) ein Grundstück gekauft, von der Polizeibrigade aber nicht die Erlaubniß erhalten, sich dort anzubauen, weil das Vermögen, welches er nachgewiesen, angeblich nicht hinreichend gewesen sei. Die Sache schwiebt seit 1862, ist Gegenstand verschiedener und nicht conformer Entscheidungen der Ortsbehoerden gewesen, hat auch schon der Kammer vorgelegen. Es handelt sich nach Angabe des Regierungscommissars nach der Auslegung des § 11 des Gesetzes vom 24. Mai 1853, d. h. um den Nachweis eines bislanglichen Vermögens, sowohl zur Ausführung des Baues als zur Einrichtung der Wirtschaft. Die Commission beantragt mit großer Majorität die Überweisung an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Die Abg. v. Vinde (Hagen) und Lette empfehlen den Commissions-Antrag, indem sie aussöhnen, daß hier ein principieller Uebelstand vorliege, gegen den man sich bei dieser Gelegenheit ausspielen müsse. Der lezte Redner sieht das des näheren auseinander in Bezug auf den Charakter des Gesetzes vom 24. Mai 1853, den er als einen reactionären darhut und unter Betonung der wirtschaftlichen Freiheit als einen fundamentalenforderung.

Abg. v. Vinde (Bendorf) stimmt ebenfalls für Ueberweisung, er bezeichnet das gegen den Petenten eingeschlagene Verfahren (das Gebäude, welches derselbe bereits auf dem Grundstück errichtet, ist ihm im Wege der Execution wieder niedergeissen worden) als ein barbarisches, welches mit der Verurtheilung zu Schadenersatz vergolten werden müsse und erinnert an den Ministers Busage, auf conservativen Grundlagen liberal regieren zu wollen.

Abg. Dr. Gneist: Die Hauptschuld der Petition trägt das Gesetz von 1853, es ist ein Anachronismus, so tief in das Recht des Grund-eigenthumes eingreifen zu wollen. Die Bemänglung des Vermögensstandes des Petenten erinnert in ihrer Umständlichkeit an einen Defectatorienprozeß. Es ist der Beruf der Administrativbehörde, nach Grundsätzen der Billigkeit zu entscheiden und so geschieht es auch in England.

Der Reg.-Commissar Abg. Graf Eulenburg für Ablehnung des Commissionsantrages. Man möge nicht die Antipathie gegen die polizeibrigadische Gewalt des Gutsbezirks hier entscheiden lassen, sondern sich an das Gesetz von 1853 halten. Der Vermögensnachweis, der von diesem Gesetz verlangt wird, ist obligatorisch und die Angabe der Commission, daß die Vor- schrift zur Erleichterung der Ansiedelung gegeben sei, widerlegt sich aus der Entstehungsgeschichte derselben. Schon im Gesetz von 1845, betreffend die Ansiedelungen in Westfalen, findet sich die Bestimmung und damals war ausdrücklich vorgesehen, daß der Ansiedelungsfreitige nicht etwa das vorzugehende Vermögen sich vorher zu diesem Zwecke geborgt haben dürfe. Und das Gesetz ist im vorliegenden Falle nicht „barbarisch“ ausgeführt worden; die Schuppen, welche executive niedergeissen wurden, waren traurige Aus-Brettern zusammengesetzte Bauwerke. Der Petent hat nun Vermögensobjekte nachgewiesen, welche nach dem Sinne des Gesetzes nicht als ausreichend gelten können, nämlich Baumaterialien, zwei Actien à 100 Thaler und 59 Thaler baares Geld. Hierach war es gerechtfertigt, dem Gesetz gemäß einen Vermögensnachweis durch Bescheinigung zweier achtbarer Gemeindemitglieder zu verlangen, und dies ist nicht erfüllt worden. Ich bitte Sie deshalb, die Petition zurückzumessen.

Abg. Berger (Solingen) für den Commissionsantrag: Die hier in Rede stehende Ortsobrigkeit ist der Baron Hans v. Rodow-Pleßow, der in einem anderen Falle eine traurige Verhältnis erlangt hat. (Große Unruhe und Obst auf der Rechten.) Dem Petenten ist sein Haus niedergeissen worden, so daß er unter freiem Himmel nächtigen mußte. Wo eine Ortsobrigkeit so streng verfährt, da werden sich die Ortsbewohner hüten, eine ihrem Gutsbezirken nicht erwünschte Bescheinigung abzugeben. Der Redner führt aus, wie vorherhaßt in Westfalen die Ansiedelungsfreiheit gewirkt und wie schon 1811 König Friedrich Wilhelm III. dies anerkannt und ausgesprochen habe, und schließt mit der Empfehlung des Commissionsantrages.

Abg. Scharnweber: In der Praxis nehnern sich der gleichen Fälle ganz anders aus, als wenn sie hier vorgetragen werden. Die Nothwendigkeit, nicht zu bauen zu lassen, als bis die Erlaubniß dazu ertheilt ist, wird doch Niemand bestreiten; denn die Leute bauen oft blos, um ein fai accomplit zu erzielen und dadurch die Erlaubniß zur Ansiedelung zu erzwingen. Und solche Ansiedelungen können oft sehr große Nachteile für die Gemeinden und die Gutsbesitzer mit sich führen. So lange das Gesetz daher in seinen gegenwärtigen Bestimmungen nicht existirt, müssen die Behörden auch für Ausführung derselben sorgen.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird gestellt und angenommen.

Reg.-Comm. Graf Eulenburg: Ich constatiere, daß meine Bemerkungen über den Sinn von Alinea II. des § 11 des Gesetzes von 53 nicht widerlegt, sondern bestätigt worden sind. Im Uebrigen muß ich bemerken, daß die Fälle, in denen die höheren Instanzen sich der Weigerung der Ortsbehörden, die Erlaubniß zur Ansiedelung zu ertheilen, anschließen, sehr vereinzelt sind, während gegenwärtige Entscheidungen fast wöchentlich vorkommen. Die Handhabung des Gesetzes ist also seitens der Behörden sehr human; aber sich hinwegzusagen über Bestimmungen derselben ist unmöglich, deshalb bitte ich Sie, den Antrag Ihrer Commission abzulehnen.

Referent Abg. Wendisch: Bei der im Hause herrschenden Unruhe sind die Ausführungen derselben sehr schwer verständlich. Nicht allgemeine Missstimmung gegen das Gesetz, sondern die Einsicht, daß die Bestimmungen derselben hier eine unzulässige Anwendung gefunden haben, hat die Commission zu ihrem Beschuß bewogen.

Reg.-Comm. Graf Eulenburg bestreitet den Mißbrauch des Gesetzes und führt noch einmal den § 11 derselben an, wo es ausdrücklich heißt, die betreffenden Personen hätten den Beweis über ihre genügenden Vermögens-

verhältnisse selber zu führen.

Abg. Harkort ist der entgegengesetzten Ansicht, bleibt jedoch auf der Journalistentribüne vollständig unverständlich.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. v. Vinde (Hagen) und Scharnweber.

Abg. Graf Schwerin (zur Geschäftsaufteilung): Es ist heute zum ersten Male unter dem gegenwärtigen Präsidium wieder vorgetreten, daß, da nach angenommenen Schlusshandlung vom Ministerialen noch gesprochen wurde, die Discussion wieder eröffnet wurde. Dieser Uhus stammt aus einer Zeit, die hinter uns liegt, und ich möchte daher dem Herrn Präsidenten anheimstellen, ob er statt der bisherigen Praxis nicht lieber eine andere einführen will. (Beifall linters.)

Präsident v. Forckenbeck bemerkt, daß er eigenmächtig die bisherige Praxis nicht ändern könne, stellt es jedoch dem Vorredner anheim, wenigstens die Sache zur Entscheidung zu bringen.

Abg. Dr. Walde: Vorläufig müssen wir jedenfalls das Præcedenz befolgen; außerdem aber liegt dieser Modus auch ganz in der Natur der Sache.

Abg. Kantal schließt sich dem an und bemerkt, daß das Haus es ja immer in seiner Hand habe, die Wiedereröffnung der Debatte durch ausdrücklichen Beschluss nicht eintreten zu lassen.

Abg. Graf Schwerin: Ich wollte die Sache eben nur anregen und bielt dazu die Gelegenheit heute besonders geeignet, weil der Herr Regierungscommissar durch seine letzten Worte durchaus kein neues Moment für die Beurtheilung der Sache beigebracht hat.

Das Haus schreitet zur Abstimmung. Der Antrag der Commission, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wird mit großer Majorität (dagegen nur die conservativen Fraktionen) angenommen.

Es ist unterdessen schon groÙe Finsternis eingetreten, so daß auf der Journalistentribüne fast nichts mehr zu sehen ist; auch das Hören wird durch die zunehmende Unruhe des Hauses sehr erschwert. Die Stenographen des Hauses erbalten Licht; auf die Journalisten nimmt man keine Rücksicht, sondern geht in der Tagesordnung weiter, und zwar zur Beratung der Petition des Veteranen Jacobs aus Oldenburg, welcher den Antrag stellt, an dem preußischen Veteranenfond Theil nehmen zu dürfen und eine dauernde Unterstützung zu erhalten. — Die Commission beantragt, diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, um das gelegische Verhältnis solcher Individuen, die früher im preußischen Heere gedient, später aber aus dem preußischen Staatsverbande ausgeschieden sind, festzustellen.

Referent Abgeordneter Dr. Beizle verzichtet bei Beginn der Discussion auf das Wort.

Abg. Stabenhagen stellt den Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugeben, da der preußische Veteranenfond nur für solche Veteranen bestimmt sei, die dem preußischen Staatsverbande wirklich angehören.

Abg. Dr. Gneist befürwortet den Commissionsantrag, der Regierungs-Commissar, sowie die Abgeordneten v. Gerlach und Stabenhagen empfehlen den Antrag auf Tagesordnung.

Nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters Abg. Beizle wird der Antrag auf Tagesordnung angenommen.

Nachdem noch mehrere Petitionen nach den Anträgen der Commission zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet worden, wird die Sitzung um 3/4 Uhr vertagt. — Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Vorberatung des Budgets.

### 13. Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung 1 1/2 Uhr. Die

in Folge der erlittenen Strapazen und im Kampfe gegen die Russen erhaltenen Verwundungen zum regulären Militärdienste untauglich geworden waren, zur Ablieferung ihrer Militärschuld in sogenannte Arbeiter-Compagnien eingereiht worden; darunter befand sich auch der ehemalige Cleriker Michael Navrocki, dem zugleich die ihm früher Berechtigung zum einjährigen Militärdienste entzogen wurde. Derselbe ist in diesen Tagen in Folge einer Allerhöchsten Cabinetsordre aus der Arbeiter-Compagnie in Torgau entlassen worden.

Mainz, 23. Nov. [Lennig †.] Domdecan und Generalvikar Lennig ist gestern gestorben.

### Oesterreich.

Wien, 25. November. Der Adressentwurf des niederösterreichischen Landtages hat den folgenden Wortlaut:

Ew. R. R. apost. Majestät!

Ew. Maj. geruhet allernächst, dem treugehorsamsten Landtage Ihres Erzherogothums Oesterreich unter den Ems die allerhöchste Anerkennung für die während der erschütternden Ereignisse dieses Jahres behältige patriotische Haltung und Opferbereitschaft des Landes aussprechen zu lassen.

Indem der treugehorsamste niederösterreichische Landtag für diesen Beweis allerh. Gnade im Namen der Bevölkerung den Ausdruck des ehrfurchtsvollen Dankes an den Stufen des Thrones darbringt, erlaubt sich derselbe die feierliche Versicherung auszusprechen, daß Ew. Maj. getreuestes Stammland, wie es zu allen Zeiten bereit war, so auch für alle Zukunft bereit sein wird, für seinen geliebten Kaiser und Herrn, für des Reiches Integrität und Nachbestand Gut und Blut freudig zu opfern.

Möge dies Bewußtsein der unerschütterlichen Tiefe und Abhängigkeit Ihres Volkes dem tiefsinnigsten Herzen Ew. Maj. Trost gewähren, zugleich aber die Zuversicht verleihen, daß ein Staat dessen Herrscherhaus und Volk seit Jahrhunderten so fest verbunden sind, sich auch nach den schwersten Erdbebenen neugeträgt erheben kann.

Dazu bedarf es aber einerseits der ernsten Prüfung und der Erkenntnis der Ursachen, welche jene Erdbebenen herbeiführten, andererseits des Aufgebotes aller geistigen und materiellen Kräfte und der unverzüglichsten energischen Benutzung derselben.

Der treugehorsamste niederösterreichische Landtag hält es für eine Pflicht des wahren Patriotismus, in beiden Richtungen mitzuwirken, indem er nun in der letzten Session seiner Wahlperiode sich mit ehrerbietigstem Freimuth erlaubt in Hinblick auf seine vorjährige unterthänigste Knechte — deren Bejörnung und Bitten durch die jüngsten Erfahrungen die traurigste Bestätigung ihrer Berechtigung erhielten — Ew. Majestät ehrfurchtsvoll die Lage des Landes zu schildern, sowie die Maßnahmen auf die Politik dieser Minister, welche die Sisirung der Verfassungsrechte befürworteten.

Ungeachtet der glorreichen Siege unserer von hochbegabten Führern geleiteten tapfern Armeen und Flotte im Süden, ungeachtet der todesmutigen Tapferkeit der Truppen der Nordarmee haben die traurigen Misserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz die Verbrüderung Oesterreichs aus Deutschland und die Abtretnung eines Königreichs unter den ungünstigsten Bedingungen herbeigeführt.

Wenngleich bei unparteiischer Erwägung der Ereignisse das demütigende Ende des letzten Krieges der durch mehrere Mitglieder des gegenwärtigen Ministeriums veranlassten Sisirung des verfassungsmäßigen Lebens nicht allein zugeschrieben werden kann, so vermag doch nicht verkannt zu werden, daß die seit der Sisirung wachsende Verflüchtigung und Schwächung Oesterreichs und der in der Bevölkerung immer weitergreifende zerstreuende Optimismus von unseren Feinden schlämmebenen und daß man insbesondere durch diese Politik sich bei schon drohender Gefahr jenes Organs selbst bekrachte, welches vorzugsweise geeignet und berufen gewesen wäre, die Begeisterung der Völker zum Kampfe für Recht und Freiheit, zur allgemeinen Ergebung und zur unmittelbaren Abwehr des ungerechtfertigten Angriffes wachzurufen.

So wie E. M. in Ihrem Manifeste vom 17. Juni d. J. den Mangel einer in diesem ersten Momente um Ihren Thron verlammelten Vertretung Ihrer getreuen Völker bedauerten, so hat es auch das Land mit patriotischem Hummer empfunden, daß, während die Vertretung Ungarns bis zum 26. Juni tagte, die verfassungsmäßige Gesamtvertretung der Länder diesesst der Leitha gegenüber der dem Vaterlande drohenden Gefahr in thatenlosem Schweigen verharren mußte.

Die folgenschwerste und schmerlichste Bedingung des Friedens war der Ausschluf Oesterreichs aus Deutschland, die blutige Löfung jener heuren Bande, welche seit unendlichen Zeiten einen großen Theil der Bevölkerung Oesterreichs mit dem altherwürdigen deutschen Reich, mit Völkern gleicher Abstammung und Geitung zu gemeinsamem Fortschritte auf allen Gebieten der Cultur, zu gemeinsamer Abwehr der Feinde Deutschlands hinig verhäuteten.

Auch hier liegt es ferne von uns, jenen Rätseln der Krone, die langjährige Schuld früherer Regierungen aufzubürden, daß man aber die Befreiung des verfassungsmäßigen Lebens, die Sympathien Deutschlands für Oesterreich erschüttern, den letzten Glauben an seine innere Kraft, an seinen Führerberuf in Deutschland vernichten mußte und daß diese Erkenntnis den begeisterten Auslöschung der deutschen Verbündeten für ihre und Oesterreichs gute Sache lähmte, ist wohl nicht zu bezweifeln.

Die Berrüstung der Finanzen mußte bei einer nun über ein Jahr währenden budgetlosen und controllfreien Regierung in erdrückender Progression wachsen, da Creditoperationen bei dem vollen Abgang der beschließenden Mitwirkung einer Volksvertretung immer unübersteigliche Hindernisse entgegenstehen und man daher zu dem letzten Mittel, der Staatsnotenpreise, schreite.

Die Unsicherheit der staatswirtschaftlichen und politischen Zustände blieb nicht ohne empfindliche Rückwirkung auf die Volkswirtschaft und selbst der scheinbare Aufschwung einzelner Produktionszweige beruht nicht auf einer gesunden Grundlage.

Kein freiheitlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Verwaltung und Justizpflege belebte auch nur einen Moment die Todtenliebe der Sisirungsaera. Die so schnellst herbeigewünschte Verständigung mit Ungarn, das Ziel, dem das Ministerium das Verfassungsrecht der cisleithanischen Länder zum Opfer brachte, sie wurde durch dieses Opfer in Jahresfrist um kein Atom gefördert; wohr aber haben Entmuthigung und Misstrauen gegen die auf freier Bahn thatenlose Regierung immer verderblicher gewuhtet. Ja, jene Mitglieder des Ministeriums haben sich durch die Consequenzen ihrer Sisirungspolitik so sehr die Hände gebunden, daß sie nun ohne Vertrauen, ohne Unterstützung dies- und jenseits der Leitha gar nicht mehr im Stand sind, in die verfassungsmäßige Bahn wieder einzutreten. In dem Lande Niederösterreich, welches theils durch die feindliche Invasion, theils durch lange und ungeheure Ambaufung einheimischer und bestreuneter Truppen, theils durch Epidemien und Elementareignisse schwer heimgeschickt wurde, wird der Druck all der erwähnten Verhältnisse sommerlich empfunden, und nur das feste Vertrauen: die Gerechtigkeit und landesväterliche Liebe Ew. Majestät werde jene Unselbststände endlich beheben, nährte die treue Ausdauer und den Opfermut der Bewohner.

Der hochzergreiche Entschluß E. M. das a. b. dieselben gewiß von schwerlichen Gefüßen bewegt sich dennoch bestimmt sanden, die Lecke der am drüsten betroffenen Theile des Landes höchst periodisch zu erarbeiten und mit milder Hand Trost und Unterstützung zu spenden und das Elend wenigstens momentan zu lindern, verpflichtet den treu gehorsamsten Landtag zu tief empfundem Danke.

Auch der gerechte Ausspruch E. M.: „Wer in dieser schweren Zeit für das Reich Opfer gebracht, hat auch den Anspruch auf das Reichs Hilfe mit deren Gewährung nach Recht und Billigkeit nicht gezögert werden darf“ findet gewiß in den Herzen aller österreichischen Patrioten die dankbarste Zustimmung. Allein nicht bloß der materielle Hilfe bedürfen das Land sowie das Reich. Die Notwendigkeit, die schwindenden Kräfte des Reiches zu sammeln, die volkswirtschaftliche Arbeit zu ermuntern und den Glauben an eine wahrhaft constitutionelle Gestaltung des Staates und damit das Vertrauen auf seine Zukunft wiederzubeleben, schwelt allen treuen Unterthanen vor Augen und nur in der schleunigsten Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände erblicken sie den Weg der Rettung und die Möglichkeit zur Errreichung der väterlichen Absichten E. Majestät.

In den Ländern der ungarischen Krone geruhet Ew. Maj. solche bereits anjabhaben; allein das Stammland Nieder-Oesterreich und mit ihm die Karo der diefeits der Leitha, sie harren noch mit Sehnucht der Wiederherstellung ihres von Ew. Maj. selbst gewährten Verfassungsrechtes.

Der treugehorsamste niederösterri. Landtag muß nun, da das Mandat seiner Mitglieder zu Ende geht und er zum letzten Male in dieser Wahlperiode das Glück hat, zu seinem Herrn und Kaiser zu sprechen, dieser Gesinnung ehrerbietigst Ausdruck verleihen.

Beispiel von der innigsten Überzeugung, daß nur auf diesem Wege die inneren Wirren auf rechterlicher Grundlage gelöst zu werden vermögen, erlaubt sich der treugehorsamste Landtag in Erfurth die dringendste und unterthäufigste Bitte:

Ew. Majestät wollen geruhet, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen und zu diesem Ende nach Schlüß der Landtagssession die Einberufung des Reichsrathes auf Grund der Verfassung allernächst anzurufen.

Wie das Land mit unerschütterlicher Treue in den schwersten Tagen zu Ew. Majestät gestanden, so hofft dasselbe jetzt mit unerschütterlichem Vertrauen auf die Gerechtigkeit Ew. Maj. und aus vollem Herzen rufen wir:

Gott schütze, Gott segne, Gott erhalte Ew. Majestät!

Prag, 25. November. Zur Berathung des deutschers seits zu beantragenden Adressentwurfs fand gestern Abends eine lange Sitzung im Abgeordnetenclub statt. Herbst legte in längerer Rede unter allseitiger Zustimmung den Parteistandpunkt dar, welcher die Sisirungspolitik verdammt, die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit Ungarn anerkennt, aber auch die Wahrung gemeinsamer Angelegenheiten im Sinne des Gesamtstaates betont. Der Adressentwurf wird auf das ungarische Recept Bezug nehmen.

Pest, 25. November. In der heutigen Conferenz der Linken beantragte Tisza eine Adresse, welche die vollständige factische Herstellung der Rechtscontinuität verlange; früher könne der Landtag seine Thätigkeit nicht, wie sein eifrigster Wunsch wäre, fortsetzen. Der Antrag wurde mit Acclamation angenommen und wird in der Donnerstagssitzung von Tisza eingebracht werden. Die Adress-Commission soll aus 15 Mitgliedern bestehen.

Breslau, 27. Nov. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Klosterstr. 46 1 Ueberzug rot und weiß gemusterte Bettlücken, 2 blau und weiß carrierte Kopftücher-Ueberzüge, 1 Ueberzug rot und weiß gemusteter Kinderbettlücken, 2 Mannshänden, 1 Frauenhänd, 1 Paar Frauen-Unterkleider von weitem Barchent, 1 Paar blaue wollene Strümpfe, 2 Stück rot geblümte und einige weiße Taschentücher, 1 blaues neues Halstuch und 5 Stück leinene Kinderhalstücher; auf dem Zinnober des Oberleibischen Bahnhofs eine Platte Zink, sign. v. T. W. H. H., ca. 26 Pfd. schwer; Nikolaistr. 8 ein Stück blau gemusterte Druckleinwand, ca. 22 Ellen lang; Gräbschnerstr. 32 1 Sac Weizenmehl; Gräbschnerstraße 24 4 Stück Gänse, 3 versch. Modelle von 1 Sac gebrüdet Schärze, 1 weißes Taschentuch und 1 buntes Halstuch; Klosterstraße 81 1 schwarzbefleder Regenschirm und 1 Kloben, in welchem sich 8 Paar Messer und Gabeln, 3 neußilberne Löffel und 1 Propfenzieher befinden; auf dem Oberleibischen Bahnhof 9 Stück grauleinene Zentner-Rouleur vor je 4½ Ellen Länge und 3 Ellen Breite.

### Meteorologische Beobachtungen.

Barometerstand bei 0 Grad.	Ba- rometer,	Kli- mat. Temp- eratur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 26. Nov. 10 u. Ab.	326,55	+1,4	W. 2.	Bedekt, Regen.
27. Nov. 6 u. Mrg.	327,07	+1,8	W. 3.	Bedekt.

Breslau, 27. Nov. [Wasserstand.] O. P. 13 g. 9 b. U. P. — F. 6 b. Cissian.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Konstantinopel, 26. Nov. (Direct.) In Folge eines Conflictes zwischen den türkischen und christlichen Albanen wurde der Gouverneur Mudir abgeföhrt.

Zahlreiche Insurgenten aus Candia kehren nach Griechenland zurück. Eine fünftägige Unterwerfungsfest wurde den noch Widerstand Leistenden zugestanden. Zur Zahlung des Januar-Coupon wurde eine Anleihe im Inlande abgeschlossen. (Wolff's T. B.)

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 26. November, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war heute fest und belebt. Die 3%, welche zu 69, 50 eröffneten, hielten sich auf Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 88½ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 67½. Ital. 3proc. Rente 56, 25. 3proc. Spanier — 1proc. Spanier — Oesterl. Staat.-Börsen-Aktien 412, 50. Credit-Mob.-Aktien 603, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 406, 25. Oesterreich. Aktien von 1865 pr. opt. 318, 75. 6% Ver. St. pr. 1882 80%.

London, 25. November. Weiteren Nachrichten aus Newport vom 23. d. zufolge betrug der Eingang an Baumwolle in sämmtlichen Nordhäfen in der letzten Woche 60,000 Ballen. Die Ernte wird auf 2 Mill. Ballen geschätz.

London, 26. Nov. Mittags. Aus Newport wird vom 24. d. M. Abends ferner gemeldet: Baumwolle 34½. Illinois 119. Erie 72½.

Wien, 26. Novbr. (Abendbörse.) Credit-Aktion 154, 00. Nordbahn 154, 20. 1860er Loos 81, 00. 1864er Loos 74, 90. Oesterl. Französische Staatsbahn 26, 20. Galiot 219, 50. Czernowitz 184, 50. Creditloose 00, 00. — Feste Haltung. Staatsbahn animirt.

Frankfurt a. M., 26. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 M. Recht fest, lebhaft.

Nach Schluß der Börse Amerikaner 75%. — Schluß-Course: Wiener Biebel 92%. Finnland. Anleihe — Neue 4% Finnland. Pfandbriefe — 6% Verein. St. Anl. pr. 1882 75%. Oesterl. Bantanhölle 660. Oesterl. Credit-Aktion 140. Darmst. Bank-Aktion — Meininger Credit-Aktion — Oesterl. Franz. Staats-Eisenb.-Aktion — Oesterl. Eisenbahn 102½% B. Kurfürst. 40 Thlr. Oesterl. 29. Börsen-Aktien 102%. — Heilbronn 29. Börsen-Aktien 102%. — Leipzig 29. Börsen-Aktien 102%. — Berlin 29. Börsen-Aktien 102%. — Hamburg 29. Börsen-Aktien 102%. — Bremen 29. Börsen-Aktien 102%. — Bielefeld 29. Börsen-Aktien 102%. — Düsseldorf 29. Börsen-Aktien 102%. — Köln 29. Börsen-Aktien 102%. — Frankfurt 29. Börsen-Aktien 102%. — Stuttgart 29. Börsen-Aktien 102%. — Wien 29. Börsen-Aktien 102%. —

London, 26. Nov. (11. B.) Ost. Börs. 79½ bz. Poln. Bkn. — — —

### Ankündigung der Eisenbahnen.

Oesterl. Staats-Anl. 411, 6 103½ bz. 1860, 5 92 bz. 1860, 5 93½ bz. 1860, 5 94 bz. 1860, 5 95½ bz. 1860, 5 96½ bz. 1860, 5 97½ bz. 1860, 5 98½ bz. 1860, 5 99½ bz. 1860, 5 100½ bz. 1860, 5 101½ bz. 1860, 5 102½ bz. 1860, 5 103½ bz. 1860, 5 104½ bz. 1860, 5 105½ bz. 1860, 5 106½ bz. 1860, 5 107½ bz. 1860, 5 108½ bz. 1860, 5 109½ bz. 1860, 5 110½ bz. 1860, 5 111½ bz. 1860, 5 112½ bz. 1860, 5 113½ bz. 1860, 5 114½ bz. 1860, 5 115½ bz. 1860, 5 116½ bz. 1860, 5 117½ bz. 1860, 5 118½ bz. 1860, 5 119½ bz. 1860, 5 120½ bz. 1860, 5 121½ bz. 1860, 5 122½ bz. 1860, 5 123½ bz. 1860, 5 124½ bz. 1860, 5 125½ bz. 1860, 5 126½ bz. 1860, 5 127½ bz. 1860, 5 128½ bz. 1860, 5 129½ bz. 1860, 5 130½ bz. 1860, 5 131½ bz. 1860, 5 132½ bz. 1860, 5 133½ bz. 1860, 5 134½ bz. 1860, 5 135½ bz. 1860, 5 136½ bz. 1860, 5 137½ bz. 1860, 5 138½ bz. 1860, 5 139½ bz. 1860, 5 140½ bz. 1860, 5 141½ bz. 1860, 5 142½ bz. 1860, 5 143½ bz. 1860, 5 144½ bz. 1860, 5 145½ bz. 1860, 5 146½ bz. 1860, 5 147½ bz. 1860, 5 148½ bz. 1860, 5 149½ bz. 1860, 5 150½ bz. 1860, 5 151½ bz. 1860, 5 152½ bz. 1860, 5 153½ bz. 1860, 5 154½ bz. 1860, 5 155½ bz. 1860, 5 156½ bz. 1860, 5 157½ bz. 1860, 5 158½ bz. 1860, 5 159½ bz. 1860, 5 160½ bz. 1860, 5 161½ bz. 1860, 5 162½ bz. 1860, 5 163½ bz. 1860, 5 164½ bz. 1860, 5 165½ bz. 1860, 5 166½ bz. 1860, 5 167½ bz. 1860, 5 168½ bz. 1860, 5 169½ bz. 1860, 5 170½ bz. 1860, 5 171½ bz. 1860, 5 172½ bz. 1860, 5 173½ bz. 1860, 5 174½ bz. 1860, 5 175½ bz. 1860, 5 176½ bz. 1860, 5 177½ bz. 1860, 5 178½ bz. 1860, 5 179½ bz. 1860, 5 180½ bz. 1860,